

# Platzj**ä**bbeck

Nr. 4, 29. Mai 2008

**DIE LINKE.KÖLN**



**Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln**

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,  
www.linksfraktion-koeln.de

## Keine Holocaust-Leugner in Köln

Seit einigen Monaten bereitet die rechtsextremistische Gruppe „Pro Köln“ einen so genannten „Anti-Islamisierungs-Kongress“ vor und sucht dazu einen geeigneten Veranstaltungsort in Köln. Das freche Ansinnen von „Pro Köln“, den Rat dazu zu bewegen, diese Hetzveranstaltung zu unterstützen, hat der Rat mit allen Stimmen außer denen der Antragsteller entschieden abgelehnt.

Rassismus, Hass und Provokationen gegen Menschen mit Migrationshintergrund und gegen das friedliche Zusammenleben in Köln haben keinen Platz in unserer Stadt.

Seit geraumer Zeit verschärft „Pro Köln“ in der Öffentlichkeit, aber auch im Rat ihr Auftreten im Hinblick auf immer rüdere Umgangsformen und einen aufhetzenden Ton.

In dieser Ausgabe vom Platzjebbeck berichten wir ausführlich über die Umtriebe von „Pro Köln“. Erfreulich ist der breite Widerstand vor Ort: In Ehrenfeld protestierten zahlreiche Menschen gegen eine Veranstaltung der rechten Hetzer zum Thema Moschee, die sie als Anhörung der Fraktion in der Bezirksvertretung Ehrenfeld tarnten.

Dabei mutiert Uckermann zum rechten Frontmann in Köln. Vorerst ist er nach Leverkusen abgeschoben worden. Dort muss der ehemalige stellvertretende CDU-Bezirksbürgermeister den OB-Kandidaten mitemmen.

Nun beginnt aber erst einmal die Vorbereitung von Protestaktionen gegen den „Anti-Islamisierungs-Kongress“.

Die Kölner Ratsfraktion der Linken machte in einer Anfrage an die Verwaltung auf die geladenen internationalen Nazigrößen und Holocaust-Leugner aufmerksam und fragte die Verwaltung nach gerichtlichen Verurteilungen der geladenen Gäste. Außerdem wies sie auf einen möglichen Konflikt zur Kölner Mitgliedschaft im Städtebündnis gegen Rassismus hin. Schließlich wollte die Fraktion wissen, inwieweit Einreiseverbote geplant und möglich sind. So er-

## Köln-Pass – beim Erfolg nicht stehen bleiben!

Nach dem Erscheinen des Erfahrungsberichtes zum Köln-Pass konnte erst einmal ein unbeschwertes Loblied auf die Karriere dieses Kölschen Stars gesungen werden. Aber welcher Star gibt sich mit dem zufrieden, was er erreicht hat? In diesem Fall war eine mögliche Weiterentwicklung von Anfang an einbezogen. Denn nach Aussage des Berichtes ist die Stadt Köln weiterhin bemüht, „den Umfang der Vergünstigungen für den Köln-Pass stetig auszubauen.“

Es muss also bei weiteren Institutionen und Firmen, die den Köln-Pass noch nicht berücksichtigen, nicht nur nachgefragt, sondern auch aktiv für seine Anerkennung geworben werden. Die Fraktion DIE LINKE. Köln hat da schon eine ganze Menge Ideen...

Im Sozialausschuss gibt sich die Verwaltung damit aber noch nicht zufrieden. „Auf der Grundlage des Erfahrungsberichtes“, so heißt es dort, „ist zu prüfen, inwieweit insbesondere Familien mit geringem Einkommen ausreichend Berücksichtigung finden oder ob eine Erweiterung des Berechtigtenkreises erforderlich und möglich ist.“

Die Fraktion DIE LINKE. Köln hatte im Vorfeld der Diskussion um den Köln-Pass immer wieder eine Erweiterung des Berechtigtenkreises auf 130 % gefordert – entsprechend der Regelung des alten Köln-Passes.

Zum Berechtigtenkreis der Geringverdienenden zählen bisher aber nur diejenigen, die bis zu 10 % über dem Regelsatz liegen. Durch diese Festlegung haben mehr als 30 % der gering verdienenden Antrag-



hielt vor Jahren der britische Rechtsextremist David Irving ein Einreiseverbot. Auch der russische Neonazi Wladimir Schirinowski konnte 2004 nicht in der KölnArena auftreten.

Sobald die Antwort der Verwaltung vorliegt, ist sie im Internet abrufbar:

[www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

Jörg Detjen

steller eine Ablehnung erhalten. Knapp die Hälfte von ihnen gehört zur Gruppe derer, deren Gehalt bis zu 30 % über dem Bedarfssatz liegt. Das sind vorwiegend Familien und Alleinerziehende mit Kindern. Eine Anhebung der Bedarfsgrenze auf 130 % würde auch ihnen die Möglichkeit verschaffen, die mit dem Köln-Pass verbundenen Vergünstigungen zu erhalten. Eine solche Ausweitung ist umso wichtiger, bedenkt man, dass heute in Deutschland bereits 22 % der Beschäftigten im Niedriglohnbereich arbeiten.

Die Fraktion DIE LINKE. Köln hat deshalb eine Anfrage gestellt, in der die Verwaltung um Prüfung einer möglichen Ausweitung des Berechtigtenkreises der Geringverdienenden gebeten wird.

Michael Kellner

## Integration stärkt Köln

**DIE LINKE. Köln lädt zur  
interkulturellen Konferenz ein**

Veranstalter: Kreisverband Köln,  
Projektgruppe „Interkulturelles Köln“ und  
Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln

**Freitag, 6. Juni 2008**

**16 bis 22 Uhr**

**Bürgerzentrum Ehrenfeld**

**Venloer Str. 429**

**DIE LINKE.**

Im vorigen Platzjabbeck berichteten wir über den blamablen Auftritt des neuen „Pro-Köln“-Fraktionsvorsitzenden und früheren CDU-Bezirksvertreters Uckermann. Wer gehofft hatte, dass es sich um einen Ausrutscher gehandelt habe, wurde am 19.5. eines Schlechteren belehrt.

Zu Beginn der Sitzung hatte die SPD-Fraktion eine Aktuelle Stunde beantragt, um gegen die Vorkommnisse während einer „Pro-Köln“-Veranstaltung zu protestieren, bei der es zu Handgreiflichkeiten durch Uckermann und andere auf eine junge Frau und zwei Polizisten gekommen war. Uckermann und seine Anhänger im Saal reagierten mit Pöbeleien und Diffamierungen gegen den Bezirksbürgermeister. Zwei Frauen wurden daraufhin des Saales verwiesen.

Alle Fraktionen und auch Frau Pöttgen von der FDP verwarnten sich dagegen, dass Uckermann versuche, die Bezirksvertretung als Gremium und ihre Mitglieder durch persönliche Angriffe herabzusetzen und durch Mätzchen wie das Einbringen von 25 Anträgen (von rund 40) letztlich handlungsunfähig zu machen. Ratsmitglied Detjen von der Linken verwies auf Parallelen mit den späten zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, als die Nazis nach dem gleichen Muster den

## Provokationen in der BV-Sitzung

Reichstag als „Schwatzbude“ diskreditierten. Die Bezirksvertreter verabschiedeten eine gemeinsame Resolution, in der u. a. gefordert wird, der „Pro-Köln“-Fraktion einen Raum außerhalb des Rathauses zuzuweisen, weil vor allem die Bezirksvertreterinnen neue Übergriffe befürchten, wenn sie, wie bei Ehrenamtlerinnen üblich, abends oder am Wochenende im Rathaus arbeiten.

Während der Stellungnahmen der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter störte Uckermann massiv durch Zwischenrufe und Diffamierungen, bis Bezirksbürgermeister Wirges ihn nach dem dritten Ordnungsruf zum Verlassen des Saales aufforderte.

Auf Uckermanns Weigerung hin wurde die Sitzung unterbrochen und der Störer



**Bekommt Pickel, wenn BürgerInnen gegen rechts protestieren: Der ehemalige Ehrenfelder Bürgermeister Jörg Uckermann**

schließlich von der Polizei aus dem Saal geführt. Danach, und nachdem das zweite Fraktionsmitglied als „reitender Bote“ von Uckermann und Co. ihre gesamten Anträge von der Tagesordnung streichen ließ, und selber ebenfalls die Sitzung verließ, konnte die Tagesordnung in einer ruhigen und sachlichen Atmosphäre abgearbeitet werden.

Als besonderes „Lehrstück“ müssen zwei Schüler des Albertus-Magnus-Gymnasiums die tumultartigen Szenen empfunden haben. Sie waren von der Bezirksvertretung eingeladen worden, um die Antwort

der Verwaltung auf ihre Vorschläge zur Verkehrsberuhigung und -neuregelung in der Umgebung der Schule zu erfahren. Zwei Klassen hatten in einer Projektwoche so detaillierte und fundierte Vorschläge entwickelt, dass die Verwaltung sie bei ihrer Verkehrsplanung berücksichtigen will.

*Yesim Yesil-Bal, Helga Humbach*

## Tarnkappen-Nazis von „Pro Köln“ zeigen ihr wahres Gesicht

Am 15. Mai demonstrierten rund 80 Antifaschisten gegen eine „Info-Veranstaltung“ der „Pro Köln“ (PK) zum Bau der Ehrenfelder Moschee. Mobilisiert hatten mit nur drei Tagen Vorlaufzeit vor allem die linksjugend[ ]solid und die Initiative „Schüler gegen Rechts“.

PK versucht, sich als „rechtspopulistisch und demokratisch“ darzustellen. Doch am Rande der Veranstaltung gewährten einige Rechte einen Blick darauf, wie sie sich verhalten, wenn sie sich unbeobachtet fühlen. Drei junge Leute, die vor der Veranstaltung einen Blick in den Saal werfen sollten, wurden aufgehalten. Eine türkische Studentin, die nicht fotografiert werden wollte, wurde nach eigenen Angaben geschlagen, getreten und zu Boden gerissen. Auch die beiden anderen wurden nach ihren Aussagen körperlich attackiert. Das Problem für „Pro Köln“: bei den beiden handelt es sich um Zivilpolizisten, die prompt Anzeige wegen Körperverletzung erstatteten.

An dem Angriff war laut Augenzeugen der von der CDU übergelaufene Ehrenfelder Bezirksvertreter Jörg Uckermann beteiligt. Uckermann macht den Eindruck, dass er aus dem Ruder läuft. Doch hinter diesen Ausrastern steckt mehr als ein gescheiterter, möglicherweise psychisch labiler bürgerlicher Politiker. PK hat in den letzten Monaten den Ton verschärft und die Zusammenarbeit mit harten Nazis intensiviert.

Noch gibt es keine offene Kooperation mit deutschen Stiefel-Nazis, doch beim

„Tag der rechten Jugend“ im belgischen Antwerpen plauderten die Kölner Nazis im Schafspelz mit Leuten der „Democracia Nacional“ aus Spanien, der HVIM aus Ungarn und der „US National Alliance“, Schlägertruppen mit Verbindungen zum in Deutschland verbotenen Nazi-Netzwerk „Blood & Honour“ („Blut und Ehre“). Diese illustre Gesellschaft hat PK nach eigenen Angaben zum „Anti-Islam-Kongress“ im September in Köln eingeladen, außerdem Nick Griffin, Vorsitzender der British National Party. Die führenden Köpfe von PK wie Markus Beisicht scheinen in Panik, dass die Truppe keine Anziehungskraft auf radikalisierte Jung-Nazis entwickelt und diese zu den „Kameradschaften“ und den „Autonomen Nationalisten“ abwandern. Sie verschärfen deswegen den Ton und die Praxis ihres Vereins.

Die Veranstaltung selbst war ein Flop. Zu der „Bürgeranhörung“ erschienen kaum Ehrenfelder Bürger, die meisten der rund 50 Anwesenden waren hart gesottene Anhänger der rechten Truppe, die sich schon eine Stunde vor Beginn im Saal befanden. Den antifaschistischen Gegendemonstranten gelang es, den Beginn der Veranstaltung durch laute Sprechchöre zu stören. Die Polizei verhinderte allerdings, dass die Demonstranten in den Sitzungssaal gelangen konnten.

PK reagierte auf dieses Fiasko mit lächerlichen Lügengeschichten. Aus 50 Faschisten wurden laut der PK-Website 100

Ehrenfelder Bürger. Aus dem verbalen Protest der jungen Antifaschisten wurde ein „gewalttätiger linksextremer Mob“, der sich angeblich Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert haben soll. Die Polizei hat davon allerdings nichts bemerkt.

Zur „Dokumentation der linksextremen Gewalt“ hat PK ein bizarres eineinhalbstündiges Video ins Netz gestellt, das lediglich beweist, dass die Nazis nicht mit einer Videokamera umgehen können. Das ausführliche Abfilmen der Antifaschisten soll wohl vor allem anderen Nazis signalisieren: „Auch wir können Anti-Antifa!“.

Der Protest war ein guter Auftakt für die Mobilisierung gegen den rassistischen „Anti-Islam-Kongress“. Wegen der knappen Zeit gelang es diesmal leider nicht, die Veranstaltung zu verhindern und somit die Mitläufer von PK zu demoralisieren und nach Hause zu schicken, doch dafür werden sich genug Gelegenheiten in den nächsten Wochen ergeben. Mit einer Massenmobilisierung am 19./20. September kann die europäische Nazi-Konferenz in Köln gestoppt werden! *Claus Ludwig*



# Aus den Bezirken:

## ■ Ehrenfeld

### Fachkraftquote in Pflegeheimen

Anfang des Jahres veröffentlichten wir im Platzjabbeck den von der Fraktion DIE LINKE. in der Bezirksvertretung Ehrenfeld angeforderten Lagebericht zur Situation in den Pflegeheimen des Stadtbezirks. Aus den uns von der Verwaltung übermittelten Zahlen schlossen wir, dass im Theo-Burauen-Haus der AWO die Fachkräftequote durch Ein-Euro-Jobber gedrückt wurde. Das rief den Protest der Leiterin des Hauses, Frau Römisch, hervor.

Auf Nachfrage beim Sozialamt bekamen wir in der jüngsten Bezirksvertretung eine neue Mitteilung, in der es heißt: „Bei der bereits erfolgten Beantwortung dieser Frage (nach der personellen Ausstattung der Heime, die Red.) gab es leider einen Computerfehler und eine missverständliche Darstellung. Die Fachkräftequote lässt sich nicht aus der Tabelle herleiten, da diese unter Berücksichtigung der Mitarbeiterinnen des Sozialen Dienstes sowie der Platzzahl der Pflegestufe 0 berechnet wird. Die Integrationskräfte werden zusätzlich eingestellt und übernehmen keine pflegerischen Tätigkeiten.“

Nach der berichtigten Tabelle beträgt demnach die Fachkräftequote im Theo-Burauen-Haus 57,38 % und nicht, wie zunächst angegeben, 52,76 %. Abgesehen von dem ärgerlichen Rechenfehler wäre es wünschenswert, dass Antworten auf Anfragen aus der Politik der Tatsache Rechnung tragen würden, dass die Fragesteller nicht unbedingt über die gleiche Detail- und Sachkenntnis verfügen wie das entsprechende Fachdezernat.

Bei einem Besuch im Theo-Burauen-Haus konnten wir uns übrigens über zahlreiche „Extras“ informieren, die durch die Beschäftigung von Ein-Euro-Jobbern ermöglicht werden. So gibt es ein „Nachtcafé“, das in der Woche den Hausbewohnern bis 24.00 Uhr offensteht und zusätzliche Freizeitangebote in den Wohngruppen. Die Fachkräftequote ist übrigens, wie wir in dem Zusammenhang auch erfuhren, gesetzlich vorgeschrieben und wird von der Heimaufsicht regelmäßig überprüft.

*Helga Humbach*

## ■ Innenstadt

### Wochenende der Kölner Elf

Auch wenn sie immer noch „Die Kölner Elf“ heißen – tatsächlich hat sich die Zahl der Kölner Bürgerhäuser, die sich am gemeinsamen Wochenende präsentieren, mittlerweile auf 13 erhöht. Vingst und Finkenbergring sind nun auch dabei. Sie alle boten am Wochenende vom 16. bis 18. Mai ein buntes Programm für Groß und Klein. Musik, Tanz, Kabarett, Lesungen und Flohmarkt – alle Veranstaltungen aufzuführen würde die Seiten im Platzjabbeck sprengen. Hier nur ein Beispiel aus dem Quäker Nachbarschaftsheim e.V.: besonders auffällig war die große Schar von Kindern und Jugendlichen, die im Saal ihre Tänze vorführten, durch unterirdische Plastikgänge krochen oder sich schminken ließen. Als besondere Attraktion konnten Mutige, gesichert durch ein Seil, Bierkästen stapeln und daran hochklettern. Da war die Aufregung der Zuschauer größer als die der kleinen Kletterer und Kletterinnen. Die Auftaktveranstaltung fand diesmal nicht zentrums-

nah, sondern im Bürgerzentrum Engelshof statt. Porz gehört schließlich auch zu Köln, und „Köbes Underground“ sorgten dafür, dass die Kölner dem Engelshof auch mal den Hof machten. Vorher wurden die Gäste aber noch reichlich verwöhnt: durch das Poller Jugendblasorchester, durch Klaus den Geiger und die russische Sängerin Nadezda Sy-chera. Während Stephan Santelmann, Leiter des Amtes für Soziales und Senioren „die Wilde(n) Dreizehn“ vorstellte und die Geschäftsleiterin Lydia Schneider-Benjamin das gemeinsame Wochenende der Bürgerhäuser einläutete, wurde deutlich, dass die „Kölner Elf“ die Menschen in ihren „Veedeln“ kreativ zusammenführen: Alte und Junge, Migranten und Alteingesessene und Menschen mit und ohne Behinderungen.

*Michael Kellner*

## ■ Innenstadt

### Mehr bezirksorientierte Mittel gefordert

Auf der letzten Sitzung hat die Bezirksvertretung Innenstadt einstimmig mehr Mittel zu ihrer Verfügung gefordert. Bisher kann sie über 66.500 Euro verfügen, die sich aus einem Sockelbetrag von rund 19.000 Euro und einem Pro-Kopf-Betrag von 0,39 Euro zusammensetzt. Der einstimmig gefasste Beschluss sieht vor, den Sockelbetrag auf 20.000 Euro aufzurunden und pro Einwohner künftig 6 Cent mehr zu verlangen. Im Bezirk Innenstadt leben rund 130.000 Menschen. Findet der Beschluss auch auf höheren Ebenen eine Mehrheit, würde das eine Aufstockung der Mittel um moderate 7.800 Euro plus einen 1.000 Euro höheren Sockelbetrag bedeuten. Bezirksorientierte Mittel fließen in erster Linie in Kinder- und Jugendarbeit sowie kulturelle und soziale Initiativen im Stadtbezirk.

*Andrea Kostolnik*



Die Broschüren kann man unter [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de) downloaden oder sich kostenlos zuschicken lassen.

Bestellung unter:  
per Telefon: 0221/221-27840  
per Email: [dielinke.koeln@stadt-koeln.de](mailto:dielinke.koeln@stadt-koeln.de)

# Aus den Ausschüssen:

## ■ Schule

### Bezahlung in der Offenen Ganztagschule

Vor bereits über einem Jahr hatte DIE LINKE. Köln im Ausschuss für Schule und Weiterbildung nach der Bezahlung der Beschäftigten aus dem Offenen Ganztag gefragt. Die Verwaltung konnte die Antwort erst jetzt geben, denn sie musste den Verwendungsnachweis der Träger abwarten.

Die Antwort enthält zwei interessante Aussagen. In der Offenen Ganztagschule sind angeblich nur 24 sog. Ein-Euro-Jobber eingesetzt. Hier bemüht sich die Fraktion inzwischen um weitere Informationen zur Zusätzlichkeit. Es halten sich hartnäckig Gerüchte, nach denen Ein-Euro-Jobber auch in der (nicht zusätzlichen) Betreuung eingesetzt sind.

Außerdem ergab die Antwort, dass von 1366 Beschäftigten nur 232 tariflich bezahlt sind. Das kann und darf so nicht bleiben! Auch hier versucht die Fraktion, weitere Informationen zu erhalten, um gezielt auf eine Verbesserung der Kölner Situation zu drängen. *Özlem Demirel*

## ■ Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

### Linke schlägt Kompromiss bei Sonntagsöffnung vor

Die Ladenöffnungszeiten an den Sonntagen sind klar geregelt: vier Sonntage im Jahr müssen die Kommunen mindestens den Unternehmen gewähren. Die Kölner Konsensrunde von Verwaltung, Politik, Kirchen, DGB und Wirtschaft haben sich vor zwei Jahren auf ein anderes Modell verständigt: Drei Sonntage zu unterschiedlichen Zeiten in den Stadtteilen. Ca. 60 offene Sonntage sind inzwischen das Ergebnis. Die Kölner Kirchen wollen diesen Kompromiss nicht mehr mittragen. Der DGB und DIE LINKE. unterstützen die Bedenken.

Auf der Sitzung des AVR schlug DIE LINKE. vor, die Öffnungen nicht mehr auf die Stadtteile, sondern auf die Stadtbezirke anzuwenden. Das wären dann maximal 27 verkaufsoffene Sonntage. Inzwischen hat Stadtdirektor Kahlen Gespräche mit den Akteuren aufgenommen und wird auch das Modell der LINKEN. in die Gespräche einbringen. *Jörg Detjen*

## ■ Liegenschaften

### Gastronomie in der Oper

Der Gastronomiepavillon „Limone Opera“ am Offenbachplatz wird nach Kenntnis der Fraktion von der Liegenschaftsverwaltung verpachtet. Der bisherige Pächter hat

gleichzeitig auch die Pausenbewirtung in der Oper übernommen. Die räumliche Nähe zur Spielstätte ermöglicht den flexiblen Einsatz von Personal und Infrastruktur, z.B. von Küche, Kühl- und Lagerräumen.

Dieser Hintergrund wirft aus unserer Sicht aufgrund aktueller Erkenntnisse der Fraktion einige Fragen auf, um deren Beantwortung wir die Verwaltung nun im Liegenschaftsausschuss bitten. Es gibt Gerüchte, dass der bisherige Pächter insolvent und der Pachtvertrag gekündigt worden sei. Wenn dies zutrifft, warum wurde der Gastronomiepavillon überhaupt erneut verpachtet? Das Gebäude soll schließlich durch Beschluss des Rates im Zuge des Umbaus und der Neugestaltung der Bühnen am Offenbachplatz abgerissen werden.

Es drängt sich auch die Frage auf, auf Grundlage welcher Regelungen der Gastronomiepavillon verpachtet wurde. Wenn die Form einer Direktvergabe gewählt wurde, warum wurde auf eine Ausschreibung verzichtet? Auch die Ausgestaltung des Pachtvertrags interessiert uns, v.a. Laufzeit und Pachthöhe.

Im Hinblick auf die Sicherung der Pausenbewirtung in der Oper möchten wir außerdem erfahren, welche zukünftige Nutzung in den Räumlichkeiten der neue Pächter beabsichtigt und ob die Bühnen Köln über den Pächterwechsel informiert wurden, da diese sich nun für den laufenden Betrieb auf die veränderte Situation einstellen müssen. *Stefan Kühn*

### Kölner Stadtrat schlägt anderen Kurs bei Managergehältern ein

Die Fraktion DIE LINKE. hatte für die Ratssitzung am 4. März einen Antrag eingebracht. Er sah vor, die Manager der Kölner Beteiligungsunternehmen anzuweisen, ihre

Gehälter offen zu legen. Außerdem sollten die Gehälter gedeckelt werden. Zwar wurde der Antrag der Fraktion DIE LINKE. nicht beschlossen, aber dafür teilweise seine Inhalte. Die Deckelung der Gehälter wurde auf der Märzsession des Stadtrates noch abgelehnt. Wenige Tage später begann eine hitzige Diskussion über die Bezüge des KVB-Chefs Reinartz, seines Zeichens damals auch Vorsitzender der Kölner CDU.

Nachdem die Diskussion über vollkommen überhöhte Pensionsansprüche für Manager der städtischen Gesellschaften von DIE LINKE. Köln angestoßen wurde, mussten die etablierten Parteien im Rat handeln. Anträge von FDP, CDU, SPD und Grünen wurden auf der Ratssitzung am 24. April 2008 in einem „Superantrag“ zusammengefasst, der das weitere Vorgehen festlegt.

Im Moment holt die Verwaltung eine gutachterliche Stellungnahme ein, wie die Versorgungsregelungen in vergleichbaren kommunalen Unternehmen bzw. der freien Wirtschaft sind. Die Verwaltung soll außerdem prüfen, ob zwei Elemente von Verträgen sinnvoll sind. Zum ersten sollen Manager ein festes Grundgehalt und einen erfolgsabhängigen, aber gedeckelten Anteil als Leistungsprämie erhalten. Außerdem sollen die Vorstände künftig selbst für ihre Altersversorgung vorsorgen. Dazu soll ein „angemessener Finanzierungsanteil“ in ihrem Grundgehalt enthalten sein. Nach Auswertung dieser Prüfung und der gutachterlichen Stellungnahme soll die Verwaltung einen Vorschlag für eine einheitliche Regelung in allen städtischen Unternehmen machen.

SPD, Grüne und DIE LINKE. sind sich einig, dass die Versorgungsbezüge von den Managern weitgehend selber zu tragen sind. Das wird CDU und FDP schlussendlich davon abhalten, einer gemeinsamen Regelung zu zustimmen.

Der Vorschlag der Verwaltung, wie die Verträge künftig zu gestalten sind, soll noch vor der Sommerpause im Finanzausschuss und im Rat beraten werden.

*Jörg Detjen*

## 63 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus

Mit einer Feierstunde gedachten Kölnerinnen und Kölner am 8. Mai dem Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus. An diesem Tag kapitulierte die Deutsche Wehrmacht bedingungslos. Er markiert das endgültige Ende des 2. Weltkrieges. Zu diesem Anlass warnte der Kölner DGB-Vorsitzende Wolfgang Uellenberg-van Dawen vor einer Relativierung der Verbrechen des Faschismus durch eine Gleichsetzung mit dem Linksextremismus. Auch DIE LINKE. Köln war vertreten. Sie legte einen Kranz zum Gedenken an die Opfer ab.



## Sozialtransferleistungen 2007 – Zahlen, hinter denen Menschen stehen

625,8 Mio Euro beträgt das Gesamtvolumen der vom Amt für Soziales und Senioren bewirtschafteten Ausgaben im Verwaltungshaushalt 2007. Das sind 29,1 % aller laufenden Ausgaben der Stadt. Damit hat dieses Amt den größten Etat aller Einzelämter der Stadtverwaltung.

Aus dem Bereich dieses Amtes kommen außerdem 184 Mio. Euro Einnahmen – 22,5 % der Gesamteinnahmen.

Für die laufende Aufgabenerfüllung müssen 442 Mio. Euro zugezahlt werden. Bei einem gesamtstädtischen Zuschussbedarf von 1.333 Mio. Euro sind das 33,1 %.

557,3 Mio. Euro fließen in Transferleistungen. Der Rest wird für Personal (58,3 Mio. Euro) und Sachkosten (10,2 Mio. Euro) ausgegeben. Die Transferleistungen sind im Vergleich zu 2006 um 16 % gestiegen! Wen wundert es bei Arbeitslosigkeit und Niedriglohn?

Der größte Anteil aller Transferleistungen (301,5 Mio Euro = 54,1 %) betrifft die kommunalen Leistungen nach dem SGB II. Davon entfallen wiederum 289,7 Mio Euro auf die Kosten für Unterkunft und Heizung.

In Köln gibt es ca. 63.300 Bedarfsgemeinschaften mit mehr als 120.000 Personen. Etwa 6000 Personen unter ihnen erhalten aufstockendes ALG II, da sie trotz Arbeit nicht genug verdienen, um davon (sowieso nur schlecht) leben zu können. An dieser Stelle wird deutlich, wie notwendig die Einführung eines Mindestlohnes in Deutschland ist!

Der zweite große Block der Transferleistungen betrifft mit 200,8 Mio. Euro (= 36 %) die Leistungen nach SGB XII. Unter ihnen fallen zwei Gruppen besonders auf: Diejenigen, die „Hilfe zur Pflege“ benötigen und diejenigen, die zum Leben eine Grundsicherung im Alter bzw. bei dauerhafter Erwerbslosigkeit brauchen. Während die erste Gruppe sehr stark vom demographischen Faktor abhängig ist und einen Anstieg (seit 2006) von 5 % aufweist, finden wir bei der zweiten Gruppe vor allem Menschen, die „altersarm“ sind, weil ihre Rente nicht ausreicht. Hier gibt es seit 2006 einen Anstieg von 9,4 %. Und dabei wird es nicht bleiben.

Damit zeigt sich noch einmal, welche fatalen Auswirkungen der boomende Niedriglohnssektor hat. Was für eine Unverfrorenheit, wenn die Bundesregierung sich erst weigert, einen Mindestlohn festzulegen, dann einen Reichtums- und Armutsbericht herausgibt und schließlich den Kommunen mit der Sperrung von Geldern droht, weil sie angeblich zuviel für die Kosten für Unterkunft und Heizung ausgeben. Es ist zu befürchten, dass viele Kommunen den Druck nach unten weitergeben. Und dort



**Gute Stimmung bei der Demonstration am 1. Mai 2008. Auch am Infostand der LINKEN. Köln herrschte reger Betrieb**

stehen diejenigen, die ein Recht auf die Leistungen der Kommunen haben. Dieses Recht gilt es vehement zu verteidigen.

*Michael Kellner*

## Endlich erstklassig – Aufstieg des 1. FC zu einem Vorteil für viele machen

Der 1. FC Köln hat es endlich geschafft: Glückwünsche zur sportlichen Rückkehr ins Fußballoberhaus! Statt nach Wehen, Offenbach und Paderborn geht es künftig wieder nach Berlin, Bremen und München. So sollte es sein für den Klub aus der viertgrößten Stadt Deutschlands. Eine erstklassige Stadt wie Köln braucht auch einen erstklassigen Fußballverein.

Freuen darf sich auch die Stadt Köln, der mit Abstand großzügigste Vereinssponsor. Mit einem jährlichen Zuschuss von 10 Mio. Euro war sie nicht ganz unbeteiligt am sportlichen und vor allem wirtschaftlichen Höhenflug des FC. DIE LINKE. Köln hat die Höhe der Zuschüsse immer wieder kritisiert.

Der Stadtsäckel wird künftig entlastet, denn der FC bezahlt jetzt wieder die volle Stadionmiete. Das sind immerhin rund 3 Millionen Euro mehr als in der 2. Liga.

Doch diese Mehreinnahmen muss die Stadt für Mehrausgaben im sozialen Bereich einsetzen. Erst dann profitieren alle Kölner vom Aufstieg des 1. FC Köln.

*Jörg Detjen, Felix Schulte*

## Solidaritätserklärung mit den Beschäftigten der Druckerei J.P. Bachem

Die Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion, Ulla Lötzer und die Stadtratsfraktion DIE LINKE. versichern Euch ihre volle Solidarität, wenn Ihr heute gegen die drohende Schließung Eures Betriebes protestiert.

Es ist mehr als zynisch, dass die Druckerei Bachem genau 190 Jahre nach ihrer Gründung geschlossen werden soll. 190

Jahre in denen Generationen von motivierten Arbeiterinnen und Arbeitern teilweise in der 24 Stunden Schichtproduktion dafür sorgten, dass der Laden läuft: 188 Jahre, in denen die Familie Bachem zu Reichtum und Vermögen kam, und 2 Jahre, in denen so genannte Finanzinvestoren versuchten, die Kuh zu melken und nun abzuwickeln.

Die neue Besitzerin, die ARQUANA In-

ternational Print & Media AG schwärmte bei der Übernahme geradezu in ihren Veröffentlichungen über die Druckerei Bachem. Sie sei ein „wirtschaftlich profitables“ Unternehmen und spiele eine „strategisch wichtige Rolle“. Als Stärken der Druckerei wurden genannt, dass sie „technisch auf dem neuesten Stand“ sei und „über ein Betriebsgrundstück mit Expansionsfläche in zentraler Lage“ verfüge. Nur zwei Jahre später soll dieser so gut aufgestellte Betrieb bankrott sein?

Wer saß in den zwei Jahren am Steuer Eurer Druckerei? Unfähige Manager und reines Profitinteresse der früheren Muttergesellschaft ARQUES sind zumindest Mitschuldige dieser Entwicklung.

Nachdem Ihr jahrelang Eure Arbeitskraft zur Verfügung gestellt habt, sollt Ihr jetzt für die Fehler anderer bezahlen. Wir verstehen Eure berechtigte Wut gut. Bei Eurem Verkauf im März 2006 sagte Claus Bachem: „Unsere Druckerei ist stabil und gesund“ und der Verkauf diene der zukünftigen Sicherung der Arbeitsplätze. Heute klingt der Satz wie Hohn. Dass Ihr Euch vorkommt wie eine verstoßene Tochter aus der Bachem Familie, können wir gut nachvollziehen.

DIE LINKE. fordert, dass Schluss sein muss damit, dass die Gewinne an die Vorstände und Investoren fließen und bei Verlusten die Belegschaften dafür zahlen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind kein Inventar, das man beliebig verkaufen kann, wie man früher die Galeeren samt Ladung und Mannschaft verkaufte.

Und nicht nur die Kolleginnen und Kollegen verören bei einer Schließung, sondern auch die Stadt Köln. Mit der Druckerei Bachem verlore man die letzte offene Rollenoffsetdruckerei in der Stadt. Viele Druckaufträge würden dann außerhalb vergeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Druckerei J.P. Bachem, wir stehen in diesem Kampf an Eurer Seite.

Wir hoffen, dass diese Demonstration die Verantwortlichen wachrüttelt und die geplante Schließung noch im letzten Augenblick abgewendet werden kann.

# Patienten und Beschäftigte wollen menschenwürdige Pflege

Am 17. Mai fand auf dem Roncalliplatz eine Demonstration von über 1.000 Pflegekräften gegen den Pflegenotstand statt. Die Fraktion erklärte sich solidarisch mit den Beschäftigten aus Krankenhäusern, Altenheimen, Psychiatrischen Kliniken, Reha-zentren und ambulanten Pflegediensten.

Über die Situation an den Kölner Krankenhäusern befragten wir Uschi Röhrig, verdi-Betriebsrätin der Städtischen Kliniken.

*Platzjabbeck: Frau Röhrig, wie haben sich die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren an Ihrem Arbeitsplatz verändert?*

**Röhrig:** Die Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten Jahren für die Beschäftigten dramatisch verschlechtert.

Durch die Leistungssteigerung, die durch die Geschäftsleitung vorgegeben wird, werden immer mehr Patienten bei gleich bleibender Personalstärke versorgt. Die extreme Verkürzung der Liegezeiten (Verweildauer) bei den Patienten führt dazu, dass die Arbeitsverdichtung und Belastung immer höher wird. Kurz gesagt „Mehr Patienten – weniger Personal“ Das ist auf Dauer nicht leistbar. Der Patient wird nur noch zu einem Fall, wer die meisten Fälle hat, hat ein Plus.

Es wird nur noch auf die Kosten geschaut, nicht mehr auf den Menschen.

*Platzjabbeck: Wie können unter diesen Umständen Patienten überhaupt noch menschenwürdig versorgt werden?*

**Röhrig:** Das Personal, insbesondere die Pflege, welche ja direkt am Patienten ist, gibt bei aller Arbeitsbelastung und Zeitdruck das Bestmögliche für die Patienten.

Aber die Patienten merken natürlich auch, dass heute nicht mehr die Zeit da ist, damit sich die Pflegekräfte, die Ärzte und das weitere Personal die Ruhe nehmen für eine optimale Versorgung. Dazu gehört auch, mehr Zeit für den einzelnen Patienten zu haben. Auf Dauer leidet die Qualität der Behandlung und die Versorgung.

Bis jetzt haben unsere Kölner Kliniken noch einen guten Ruf bei der Bevölkerung, doch wenn sich auf der zu knappen Personaldecke die Versorgung verschlechtert, schadet es uns.

Die Situation hat viel mit der jetzigen Krankenhausfinanzierung zu tun.

*Platzjabbeck: Wie sind die Bedingungen in Köln im Vergleich mit anderen Städten und Bundesländern?*

**Röhrig:** Die Kliniken der Stadt Köln sind eine der wenigen kommunalen Krankenhäuser, die noch 100 % in kommunaler Trägerschaft sind.

Aber die Arbeitsbedingungen bei uns unterscheiden sich nicht viel von den ande-

ren kommunalen Krankenhäusern in NRW und den weiteren Bundesländern. Alle leiden unter der Deckelung des Budgets. Die Steigerung des Budgets wird von der Bundesregierung festgelegt. Das war 2008 gerade einmal 0,64 %, davon soll alles finanziert werden. Lohnerhöhung, medizinische Geräte und, und, und ...

Es zwingt die Krankenhäuser, die entstehenden Kosten durch Personalabbau zu finanzieren. Das ist ein Unding und geht nicht mehr lange gut.

*Platzjabbeck: Was muss sich ändern, damit Ihr Beruf wieder Spaß macht?*

**Röhrig:** Die Bundesregierung muss ein Einsehen haben, dass die Krankenhäuser eine andere Finanzierung brauchen. Der Budgetdeckel muss weg, damit mehr Pflegekräfte, aber auch in allen anderen Bereichen Personal eingestellt werden kann.

Es muss einen verbindlichen Personalschlüssel geben, eine Personalbemessung für alle Abteilungen im Krankenhaus. Ein humanes Arbeiten im Krankenhaus, mit einem Leitbild, welches auch eingehalten und von allen gelebt wird. Es darf nicht nur auf dem Papier stehen für die Zertifizierung des Krankenhauses.

*Platzjabbeck: Wenn Sie einen Tag die Stadtpolitik bestimmen könnten, welchen Beschluss würden Sie fassen?*

**Röhrig:**

1.: Ich würde mich mit einem Ratsbeschluss dazu bekennen, dass die Gesundheit ein sehr hohes Gut ist und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung mit an erster Stelle der öffentlichen Daseinsvorsorge gehört. Dazu wird sich zu wenig bekannt. Der Mensch ist kein Kostenfaktor, er ist auch kein Fall, bei dem kalkuliert werden sollte, wie viel Gewinn er bringen kann oder muss. Das sollte im Rat diskutiert werden.

2.: Nach der Entscheidung zur Umwandlung der Kliniken in eine gGmbH soll-

te geprüft werden, ob es nicht besser ist, die Kliniken wieder als selbständigen Eigenbetrieb mit allen Berufsgruppen wie gehabt wirtschaftlich zu führen.

Dadurch könnten die hohen Kosten der Betriebsleitung eingespart werden. Diese Gelder könnten dann in sinnvolle Projekte, wie zum Beispiel in eigene Kitaplätze für unser Personal investiert werden.

3.: Ich würde den Beschluss fassen, auf die Bundesregierung Druck auszuüben, die Finanzierung der Krankenhäuser neu aufzustellen. Damit sollten die Gehälter der Beschäftigten refinanziert werden. Es dürfte nicht sein, dass die mehr als gerechtfertigte Lohnerhöhung durch weiteren Personalabbau finanziert werden muss.

4.: Zu guter Letzt würde ich den Beschluss fassen, die Kliniken für die Zukunft besser strategisch auszurichten, als es jetzt der Fall ist. Das lässt sich zum Beispiel über die Kooperation mit anderen kommunalen Krankenhäusern machen. Die privaten Krankenhauskonzerne machen das schon lange vor, genauso die kirchlichen Häuser. Alleine, für sich isoliert, werden es kommunale Häuser schwer haben sich zu behaupten.

Der Rat ist in der Verantwortung, die Arbeitsplätze von über 3500 Beschäftigten für die Zukunft abzusichern und eine hervorragende Gesundheitsversorgung für die Kölner Bevölkerung auch zukünftig zu gewährleisten.

*Frau Röhrig, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.*



**Uschi Röhrig auf der Demo für menschenwürdige Pflege am 17. Mai in Köln**

## Solidaritätserklärung mit den Beschäftigten aus der Pflege

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE. Köln versichert Euch ihre volle Solidarität, wenn Ihr heute gegen den Pflegenotstand in Deutschland auf die Straße geht.

Die gesetzliche Krankenversicherung bietet derzeit ca. 90 Prozent der Bevölkerung eine weitgehende Absicherung im Krankheitsfall. Doch der neoliberale Umbau der Gesellschaft macht auch vor dem Gesundheitssystem nicht Halt. Markt, Wettbewerb und „Eigenverantwortlichkeit“ durchdringen immer stärker alle Bereiche der gesundheitlichen Versorgung. Das höchste individuelle Gut, nämlich die Gesundheit, wird zunehmend marktwirtschaftlichen Kategorien unterworfen. Gesundheit darf keine Ware werden!

Eure qualifizierte Arbeit verkommt immer mehr zur Massenabfertigung und Fließbandbehandlung. Personaleinsparungen mit gleichzeitiger Erhöhung der Patientenzahlen führen unweigerlich dazu, dass der Pflegenotstand in vielen Bereichen nicht nur droht, sondern bereits da ist.

**Stopp dem Stellenabbau – Wiedereinstellungen in der Pflege!**  
Dafür kämpfen wir gemeinsam.

# Ein weites Feld: Wie soll der Stromsozialtarif für Köln aussehen?

Ca. 40 Interessierte wollten auf einer Veranstaltung der Fraktion die neuesten Informationen und Argumente zum Stromsozialtarif hören und selber mitdiskutieren.

Die Lage ist bedrückend. 2% aller Haushalte in NRW wurde schon mal der Strom abgestellt. In Köln sind allein 11.000 Haushalte betroffen. Die Verbraucherzentralen in Köln stellen fest, dass immer mehr Geringverdiener, aber auch Rentner ihren Strom nicht mehr zahlen können.

Da ist es wenig verwunderlich, dass Peter Krücker vom Katholikenausschuss die Notwendigkeit eines solchen Stromsozialtarifs betonte. Auch die Wohlfahrtsverbände haben sich in einem Positionspapier dafür ausgesprochen. Krücker wies darauf hin, dass die Strom- und Gasrechnungen der armen Kunden größtenteils über Transferleistungen finanziert werden. So zahlt die Allgemeinheit teilweise die Gewinne der großen Stromkonzerne. Alexis Passadakis von attac skizzierte den Weg der Rendite, die bei RWE beispielsweise 15 % beträgt. Von ihr profitieren Manager und Aktionäre.

Für Jörg Detjen (DIE LINKE.) ist es unerträglich, dass überhaupt Stromsperrungen ausgesprochen werden. Er berief sich auf das Beispiel von Großbritannien, in dem wenigstens im Winter niemandem der Strom abgestellt werden darf.

Gerd Brust von den Grünen setzte die Forderung dagegen, Transferleistungen

müssten bedarfsdeckend sein. Er wolle außerdem in einem Sozialtarif einen Energie-sparanreiz verwirklicht sehen. Das ließe sich z. B. über eine Abschaffung der Grundgebühr von 81 Euro im Jahr erreichen oder über eine freie Stromgrundmenge, nach der weiterer Strom allerdings für die Betroffenen teurer würde. In Belgien sind das 500 kWh im Jahr. Der Bund der Ener-

gieverbraucher fordert 1.000 kWh pro Person. Der Durchschnittsverbrauch eines Ein-Personen-haushalts liegt bei 1.500 kWh jährlich.

Martin Börschel, der Fraktionsvorsitzende der SPD im Rat, wollte einen Sozialtarif an den Köln-Pass angebunden wissen.

Im Hinblick auf die RheinEnergie

erinnerte er an die von der schwarz-gelben Landesregierung geänderte Gemeindeordnung, die die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Unternehmen einschränkt. Teilweise kontrovers wurden Vorschläge zum Energiesparen diskutiert. Denkbar ist eine kostenlose Energiesparberatung oder ein Fonds, aus dem energieeffiziente Elektrogeräte bezahlt oder bezuschusst werden können.

Während die Überlegungen zur Einführung eines Stromsozialtarifs in Köln mit der RheinEnergie als kommunalem Unternehmen verbunden sind, skizzierte Alexis Passadakis von attac eine mögliche Utopie. In der US-Stadt Sacramento wird der Vorstand des örtlichen Stromversorgers bei den Kommunalwahlen direkt gewählt. Das garantiert die Möglichkeit, den Vorstand abzustrafen, wenn dieser nach Meinung der Wähler gegen die Interessen der BürgerInnen handelt.

Bevor die RheinEnergie einen Stromsozialtarif anbietet, muss im Aufsichtsrat eine Mehrheit gewonnen werden. Dort sitzen neben acht kommunalen Mitgliedern zwei RWE-Vertreter und 10 Arbeitnehmervertreter. Martin Börschel erinnerte daran, dass letztere noch für einen Stromsozialtarif gewonnen werden müssen. Die RheinEnergie bezuschusst indirekt über den Gewinn des Stadtwerkekonzerns den Haushalt der Stadt Köln. Diese Bilanz kann leider auch nicht durch den Bau eines neuen Kraftwerkes zu Gunsten der RheinEnergie verbessert werden. Ein neues Kraftwerk rechnet sich erst ab einem Strompreis von 5 Cent pro kWh, stellte Gerd Brust fest. Die Stromkonzerne machen ihre Profite mit bereits abgeschriebenen Kraftwerken.

Keine Einigung wurde in der Frage der Abschaffungen aller Stromsperrungen erzielt. Während das für Jörg Detjen und DIE LINKE. eine berechtigte Forderung ist, mochten sich die anderen vertretenen Parteien nicht komplett gegen dieses Druckmittel aussprechen. Einig war man sich dann aber wieder darin, dass Energiesparmaßnahmen wünschenswert sind. Hier geht die kommunale Wohnungsbaugesellschaft GAG mit Modernisierungs- und Dämmmaßnahmen einen sinnvollen Weg.

Andrea Kostolnik



## Studierende der Universität Köln besetzen das Rektorat

Nach einer Vollversammlung haben heute die Studierenden der Universität zu Köln das Rektorat besetzt, um ihrem Protest gegen Studiengebühren Ausdruck zu verleihen.

Özlem A. Demirel (Ratsmitglied und Studentin), Özgür Demirel (Bezirksvertreter Kalk und Student) und Yesim Yesil (Bezirksvertreterin Ehrenfeld und Studentin) erklären hierzu:

„Wir unterstützen den Protest der Studenten der Universität zu Köln. Ihr Protest gegen Studiengebühren ist berechtigt. Studiengebühren haben zur Folge, dass die soziale Selektion im Bildungssystem, die



durch die Trennung in Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Förderschule sehr früh ansetzt, noch weiter getrieben wird. Wir stellen fest, dass das Bildungssystem in Deutschland abhängig ist vom Geldbeutel der Eltern. Studiengebühren verschärfen diese Situation. Seit der Einführung der

Studiengebühren ist die Zahl der Studienanfänger rückläufig.

Wir sind der Auffassung, dass Bildung ein Gut ist und nicht zu einer Ware werden darf, die sich nur Reiche leisten können. Ganz besonders benachteiligt werden in unserem Bildungssystem, in der eine

Auslese nach sozioökonomischen Aspekten stattfindet, Migranten und Migrantinnen. Gegen Studiengebühren zu protestieren bedeutet, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Dies unterstützen wir ausdrücklich. Wir sind an der Seite der Studierenden der Universität zu Köln.“

# Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

## Zum Leben zu wenig – Arme Kinder brauchen mehr!

Arme Kinder bleiben meistens arm. Das hat eine Langzeitbeobachtung im Auftrag der AWO ergeben. Die negativen Folgen setzen sich im Erwachsenenleben fort: Schlechte Gesundheit, schlechtere Bildung, Perspektivlosigkeit, Hoffnungslosigkeit. Das tut Wirtschaft und Politik Kindern in Deutschland an. Denn Armut ist strukturell bedingt. Nach Einführung der Hartz-Gesetze hat sich die Zahl armer Kinder verdoppelt. Zeit, gegen dieses Unrecht aktiv zu werden.

In Köln ist mindestens jedes vierte Kind arm. Auch Kinder von Eltern, die nicht viel Geld verdienen, gehören oft zu dieser Gruppe. Außerdem leben in Köln 25.000 Alleinerziehende. Gerade diese Gruppe trägt ein hohes Armutsrisiko.

Arme Kinder haben gerade mal die Hartz-Sätze oder wenig darüber zur Verfügung. Bis zum 14. Lebensjahr haben Kinder Anspruch auf 208 Euro. Davon kann täglich 2,72 Euro für Essen ausgegeben werden. Ernährungswissenschaftler gehen aber davon aus, dass ein 14-jähriger 5,50 Euro am Tag für gesundes Essen braucht. Bei Kindern bis 9 Jahren sind es immerhin noch 4,50 Euro. Das können erwerbslose Eltern für ihre Kinder schon jetzt nicht aufbringen. Die dramatischen Preissteigerungen für Lebensmittel verschärfen die Situation zusätzlich.

Wenn arme Kinder in die Schule kommen, ist kein Geld für nötige Anschaffungen da. So haben sie sofort schlechte Chancen, den Anschluss im Unterricht zu behalten. Fehlende oder abgenutzte Schulsachen stigmatisieren diese Kinder zusätzlich.

Für Schulsachen sind im ALG-II-Regelsatz 1,79 im Monat vorgesehen. Eine Erstausrüstung mit Schulranzen, Turnzeug, Schreibwaren usw. kostet aber fast 170 Euro, auch wenn man dafür komplett auf Markenprodukte verzichtet. Seit der Einführung von Hartz IV ist es auch nicht mehr vorgesehen, dass solche einmaligen Bedarfe beantragt und bezahlt werden. Selbst wenn die Eltern seit Geburt des Kindes monatlich die 1,79 Euro gespart haben, reicht das Geld nicht aus. Das Nachsehen haben die Kinder.

Die Bedarfssätze für Erwerbslose und Sozialgeldempfänger, aber auch Asylbewerber müssen unbedingt den Realitäten angepasst werden. Das ist längst überfällig und wird inzwischen sogar von Politikern aller Lager gefordert.

Doch auch kommunal sollten wir nicht untätig bleiben. In der Vergangenheit hat DIE LINKE. in Köln Lernmittelfreiheit für arme Kinder durchsetzen können. Doch das reicht bei Weitem nicht. Deswegen ist DIE LINKE. Köln der Meinung,



### Arm in einer reichen Stadt? Kinderarmut in Köln

**Montag, 16. Juni 2008, 19.00 Uhr**  
**Rathaus, Spanischer Bau**  
**Kardinal-Frings-Raum**

Es diskutieren:

*Marlis Herterich*, Vizepräsidentin Deutscher Kinderschutzbund

*Hedel Wenner*, Geschäftsführerin Kölner Arbeitslosenzentrum KALZ

*Özlem Demirel*, Ratsfrau DIE LINKE. Köln

Moderation: *Andrea Kostolnik*

dass i-Dötzchen mit Anspruch auf den Köln-Pass die Erstausrüstung für die Schule kostenfrei erhalten müssen.

*Andrea Kostolnik,*  
*Özlem Demirel*

## Termine... Termine...

**Di, 3.6., 16.30 Uhr**

Arbeitskreis Stadtentwicklung  
Haus Neuerburg,  
Gülichplatz 3,  
Sitzungssaal der Fraktion

**Fr, 6.6., 16 – 22 Uhr**

Integration stärkt Köln  
Interkulturelle Konferenz  
Bürgerzentrum Ehrenfeld,  
Venloer Str. 429

**Do, 12.6., 17.30 Uhr**

Arbeitskreis Jugend und Schule  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 3,  
Sitzungssaal der Fraktion

**Mo. 16.6. Kinderarmut in Köln (s.o.)**

**Mo, 23.6., 19.30 Uhr**

Arbeitskreis Soziales / Hartz IV  
Haus Neuerburg, Gülichplatz 3,  
Sitzungssaal der Fraktion

### Integration stärkt Köln

**Aus dem Programm:**

16 - 18 Uhr MigrantInnen ergreifen das Wort  
18 - 20 Uhr Arbeitsgruppen

20 Uhr **Abschlussveranstaltung**

mit Stadtdirektor Gudo Kahlen; Claus Ulrich Pröbß, Förderverein Kölner Flüchtlingsrat; Jörg Detjen, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.; Dr. Jan Leidel, Leiter des Gesundheitsamtes; ein/e Vertreter/in in der Migrationsberatung Diakonie; Moderation: Albrecht Kieser, kein Mensch ist illegal